



Protokollauszug

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.08.2024

TOP 10. Informationen der Verwaltung- Sachstand Sozialraumorientierung (Raumkonzept, personelle Situation)- Sachstand Vergabe KiTa-Plätze- Sachstand Arbeitskreis "Inklusiver Ganzttag"- Politische Partizipation

Vorlage: Beschlussart:

- Sachstand Sozialraumorientierung

Frau Falkenhain berichtet vom aktuellen Sachstand der Sozialraumorientierung. Ab dem 01.09.2024 sollen die Sozialen Dienste sozialräumlich fusionieren. Es handelt sich hierbei um einen fließenden Prozess, d.h. die Sozialen Dienste werden in ihren jeweiligen Sozialraumteams nicht ad hoc mit der sozialräumlichen Arbeit beginnen.

- Sachstand Vergabe KiTa-Plätze

Dieses Jahr halten sich die Anfragen bei der Verwaltung in Grenzen. Dies liegt unter anderem daran, dass einige Fehlplätze durch gemeindefremde Betreuungen oder die Kindertagespflege abgedeckt werden konnten. Für die Zukunft präferiert die Verwaltung eine digitale Platzvergabe, um das Vergabeverfahren auch für die Kindeseltern transparent zu machen. Hierzu muss die Verwaltung jedoch mit den Gemeinden und der Stadt in den Austausch gehen.

- Sachstand Arbeitskreis „Inklusiver Ganzttag“

Laut Frau Prof. Dr. Friedrich haben Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf eine Betreuung von acht Stunden an jeweils fünf Tagen in der Woche, d.h. insgesamt 40 Wochenstunden. Es steht bereits fest, dass neun Monate pro Jahr durch die Gemeinden als Träger der Grundschulen sicherzustellen sind. Zwei Monate pro Jahr sind durch das Jugendamt als Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe abzudecken, während in dem restlichen Monat aufgrund der Schließzeit keine Betreuungsangebote zur Verfügung stehen müssen.

Eine Arbeitsgruppe zwischen dem Fachdienst Schule, Fachdienst Jugendamt, der Kreisvolkshochschule und den Gemeinden arbeitet bereits an der weiteren Umsetzung. Die Kreismusikschule soll perspektivisch noch beteiligt werden.

- Politische Partizipation

Frau Will stellt den Schwerpunktbericht, welcher bereits mit dem Protokoll der Ausschusssitzung vom 14.05.2024 versandt wurde, vor.

TOP

Siehe Anlage.



Positionspapier zu Qualitätsstandards der Kinder- und Jugendbeteiligung

In seiner Rolle als beratendes Gremium für das Jugendministerium hat sich der Landesbeirat für Jugendarbeit mit den Qualitätsstandards für eine Kinder- und Jugendbeteiligung auseinandergesetzt und diese Positionierung erarbeitet. Denn wir sehen, dass aktiv einbezogene und geförderte junge Menschen essenzieller Teil einer starken und lebendigen Demokratie sind.

Demokratiebildung und Demokratieerfahrungen junger Menschen sind Grundpfeiler zum Erhalt demokratischer Strukturen auf allen Ebenen. In einem Flächenland wie Niedersachsen mögen Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen vor Ort noch gelingen, auch wenn die Mobilität junger Menschen gerade im ländlichen Raum herausfordernd sein kann. Die Beteiligung junger Menschen bei der Vorbereitung von politischen Entscheidungen auf Landesebene ist aber mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, u.a. in der Ansprache und Auswahl junger Menschen aus einer heterogenen Gesellschaft sowie eines umfassenden Geflechts von Zuständigkeiten und Akteur*innen.

Qualitätsstandards zu Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene müssen einen konkreten Rahmen für die Förderung von Engagement und Beteiligung junger Menschen bieten. Diese Standards unterstreichen die Bedeutung einer inklusiven Demokratiebildung, die darauf abzielt, die Stimmen und Perspektiven von jungen Menschen in politischen Entscheidungsprozessen zu stärken. Daraus ergeben sich folgende zentrale Aufgaben zur Qualitätsentwicklung und -sicherung:

1. Stärkung bestehender Beteiligung: Viele junge Menschen engagieren sich in Niedersachsen in bestehenden Beteiligungsstrukturen von der kommunalen Ebene bis hinauf zur Landesebene. Daher müssen die vorhandenen Gremien und Verfahren zur Mitbestimmung auf Landesebene gestärkt und klar in ihren Aufgaben erfasst werden. Dies verhindert Konkurrenz zwischen Gremien in Bezug auf Zuständigkeiten sowie Repräsentanz und fördert eine stimmige Beteiligungskultur.

2. Inklusive Beteiligungsformate: Eine breite Vielfalt an Möglichkeiten zur Beteiligung ist entscheidend, um die Diversität der Lebensrealitäten junger Menschen widerzuspiegeln. Es bedarf offener und barrierearmer Beteiligungsformate, die allen Kindern und Jugendlichen offenstehen, unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft.

3. Transparenz und Information: Die Auswahl von jungen Menschen für eine Beteiligung auf Landesebene muss transparent dargestellt und auf Nachfrage erläutert werden können. Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten müssen leicht und rechtzeitig zugänglich sein, um eine breite Beteiligung zu fördern und zu ermöglichen.

4. Begleitung und Unterstützung: Auf Landesebene geht es um Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf die Lebenswelt junger Menschen haben. Daher sind junge Menschen hier Expert*innen für ihre unterschiedlichen Lebenswelten. Die Beteiligungsmöglichkeiten auf Landesebene sind jedoch zum Teil komplex. Dafür braucht es inhaltliche und zusätzliche zeitliche Ressourcen von Fachkräften bei den zuständigen Stellen. Diese Ressourcen gewährleisten eine effektive Umsetzung von Jugendbeteiligung und bieten jungen Menschen Unterstützung bei ihrem Engagement.

5. Integration in politische Programme: Kinder- und Jugendbeteiligung sollte nicht nur aus konkretem Anlass geschehen. Wir befürworten die Integration von Kinder- und Jugendbeteiligung in landespolitische Programme und Strategien. Die kontinuierliche



Weiterentwicklung dieser Programme unter Einbeziehung der Interessenvertreter*innen junger Menschen ist essenziell für eine relevante und zeitgemäße Beteiligungskultur, sie hat direkte Auswirkungen auf das Erleben von Demokratie.

6. Förderung bestehender Strukturen: Bereits bestehende Strukturen, wie Kinder- und Jugendverbände¹, Jugendringe², Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit³ sowie Beratungs- und Vernetzungsstellen⁴ für Kinder- und Jugendbeteiligung, sind bedarfsgerecht zu fördern und auszubauen. Diese Strukturen bilden das Rückgrat einer nachhaltigen Jugendbeteiligung und benötigen kontinuierliche Unterstützung und Ressourcen. Sie können junge Menschen befähigen und ansprechen, damit diese sich in den Beteiligungsstrukturen engagieren.

Unsere Position beinhaltet die Überzeugung, dass Engagement und Beteiligung nicht nur als Rechte, sondern auch als gesellschaftliche Verantwortung betrachtet werden müssen. Die Demokratiebildung muss darauf abzielen, junge Menschen und ihre Fähigkeiten zur aktiven Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen zu stärken. Dies schließt nicht nur die politische Beteiligung ein, sondern erstreckt sich auch auf soziales und gemeinnütziges Engagement.

Diese Aufgaben müssen gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden. Der Landesbeirat für Jugendarbeit sieht aufgrund der Voraussetzungen, Angebotsformen und methodischen Ansätze des Feldes die Jugendarbeit hier als zentrale Akteurin auf allen Ebenen. Hierfür muss Jugendarbeit gestärkt werden. Zur Gewährleistung einer qualitätssicheren Umsetzung der oben genannten Aufgaben bedarf es aber einer ernsthaften Auseinandersetzung und Bearbeitung seitens aller Entscheidungsträger*innen sowie den Handlungsfeldern und Institutionen, die das Aufwachsen junger Menschen begleiten und unterstützen.

¹ Zusammenschlüsse von jungen Menschen zu gemeinsamen Interessen, deren demokratische Strukturen von jungen Menschen getragen werden.

² Zusammenschlüsse von überwiegend Kinder- und Jugendverbänden auf kommunaler Ebene, Landes- oder Bundesebene.

³ Angebote, die offene, gestaltbare Räume bieten, in denen sich Kinder und Jugendliche erproben sowie erfahren können und miteinander in den Austausch kommen können.

⁴ Strukturen, die durch Fachexpertise einen Austausch von Akteuren ermöglichen und diese fachlich in ihren Vorhaben unterstützen.



Politische Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen

Schwerpunktbericht im Rahmen der
niedersächsischen Landesjugend-
hilfeplanung



Niedersachsen. Klar.

Der Schwerpunktbericht wurde durch die IMAP GmbH im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung 2023/2024 erstellt. Für die Erstellung wurde ein partizipativer Ansatz gewählt.

- 4425 junge Menschen zwischen 10 – 27 Jahren (Online – Abfrage)
- Fokusgruppengespräche:
 - 6 junge Menschen im Alter von 8 – 14 Jahren
 - 5 junge Menschen im Alter von 15 -17 Jahren
 - 10 junge Menschen im Alter von 18 – 27 Jahren
- Abfrage bei Kommunen nach Beteiligungsmöglichkeiten
- Expert*innen - Interviews

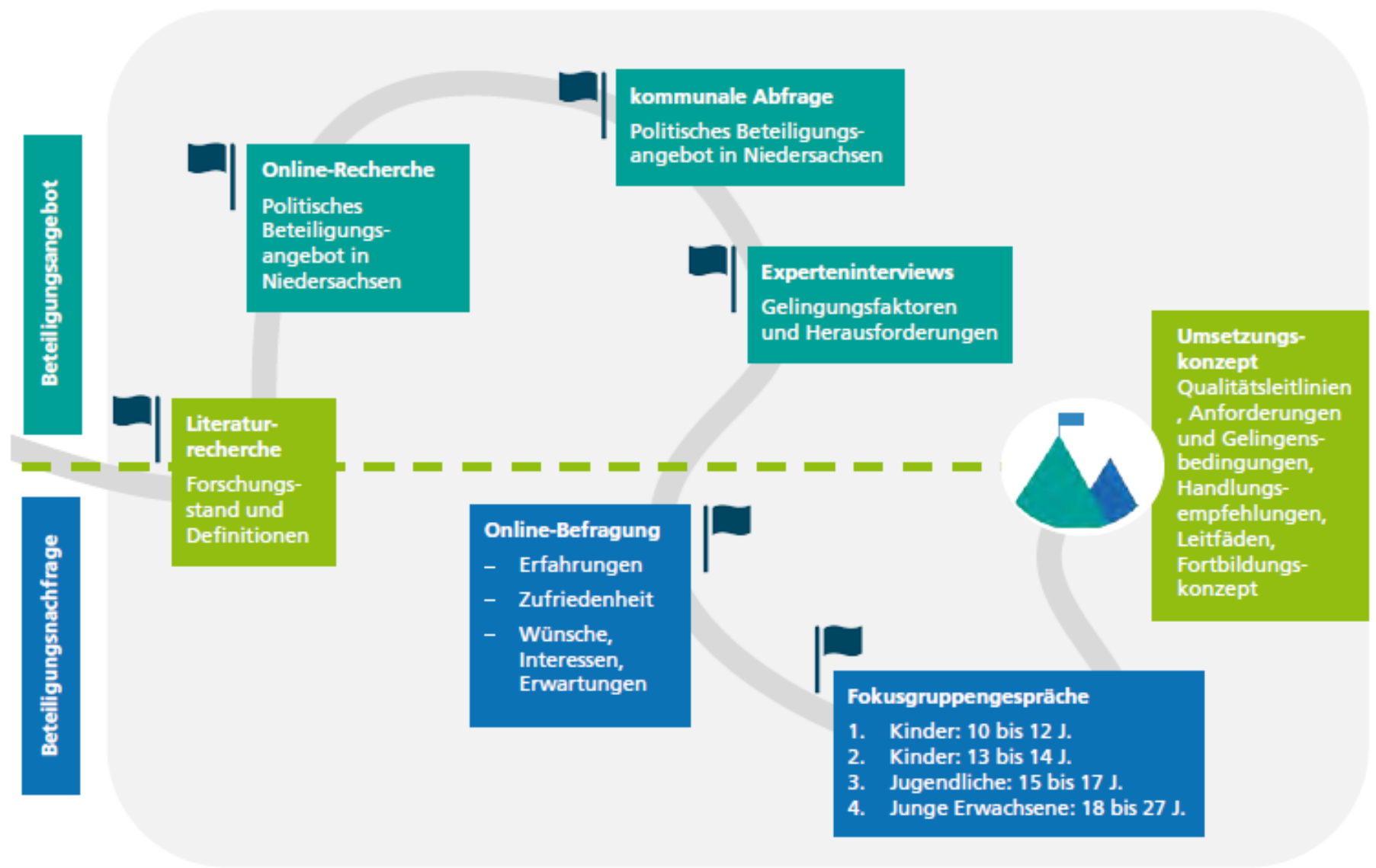
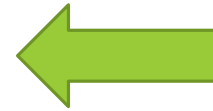
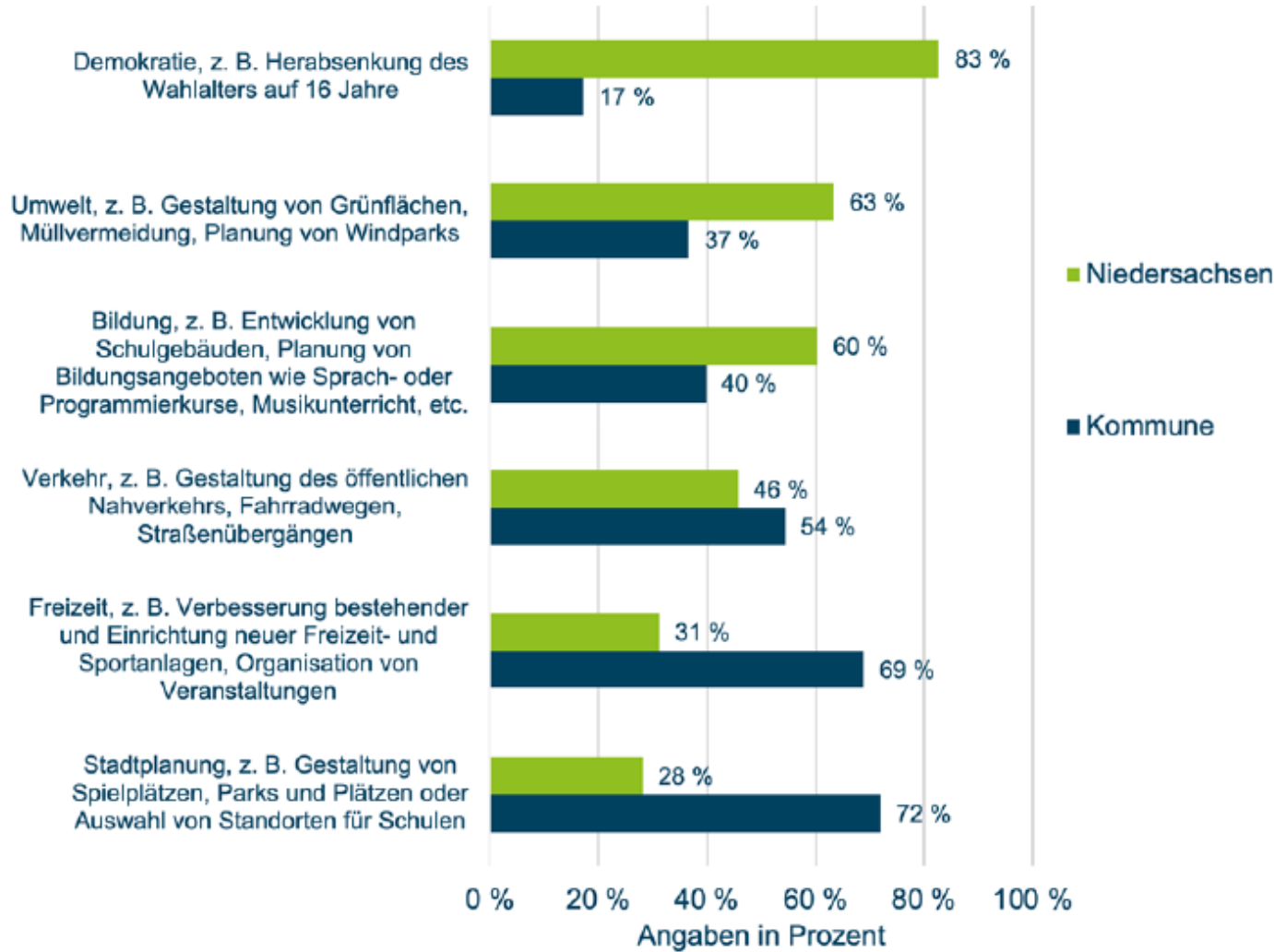




Abbildung 60 Beteiligungswünsche nach Themen auf Landes- und Kommunalebene
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2192)



Handlungsempfehlungen in Kürze

Auf Landesebene

1. Es wird empfohlen, das Recht auf politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen formell in die Verfassung Niedersachsens zu integrieren.
2. Es wird empfohlen, das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen.
3. Es wird empfohlen, die politische Partizipation junger Menschen auf Landesebene zu institutionalisieren und eine permanente, themenübergreifende Vertretung junger Menschen einzurichten, deren Anliegen strukturiert in politische Prozesse einfließen.
4. Es wird empfohlen, neben dem Wahlrecht ab 16 Jahren und dem formalisierten Jugendbeteiligungsgremium auf Landesebene eine Vielzahl an unterschiedlichen zeitlich begrenzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.
5. Es wird empfohlen die Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt zu unterstützen.
6. Es wird empfohlen, das Aufgabenspektrum der Fachberatungsstelle auszuweiten und die Ressourcenausstattung der Fachberatungsstelle in Anlehnung an die Anpassung des Aufgabenspektrums anzupassen.

Handlungsempfehlungen auf Kommunalebene

- Es wird empfohlen, die Sollformulierung von § 36 NKomVG in eine Muss – Formulierung zu ändern, die Einschränkungen auf Vorhaben aufzulösen, die die Interessen von jungen Menschen betreffen, sowie Auslegungshinweise zur Verfügung zu stellen.
- Es wird empfohlen, den Ausbau von kommunalen Jugendbeteiligungsgremien voranzutreiben und bestehende kommunale Jugendbeteiligungsgremien zu optimieren.
- Analog zur Landesebene wird empfohlen, auch auf kommunaler Ebene Jugendbeteiligungsformate weiter zu diversifizieren und neben dauerhaften auch mehr zeitlich begrenzte Möglichkeiten für politischen Beteiligung zu schaffen.
- Es wird empfohlen, Ansprechpersonen und Verantwortungen für Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene klar zu benennen, um die Vorgaben des § 36 NKomVG umzusetzen, ein umfassendes Beteiligungsangebot auf kommunaler Ebene zu gewährleisten und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema zu verankern.

Flankierende Maßnahmen

Es wird empfohlen:

- verwaltungsintern ein maßgeschneidertes Fortbildungsprogramm zur politischen Beteiligung von jungen Menschen für Verwaltungsmitarbeitende auf kommunaler (...) Ebene anzubieten
- ein modulares Demokratie- und Beteiligungsprogramm speziell für sozial benachteiligte Jugendliche und solche mit Migrationshintergrund zu etablieren
- bürokratische Hürden für die politische Beteiligung von jungen Menschen abzubauen
- Demokratieförderung an Schulen zu intensivieren
- Monitoring und Evaluation systematisch umzusetzen

Interessen von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene berücksichtigen – Jugend-Check, Landesjugendkonferenz und Beteiligungsstrategie einführen

Handlungsempfehlung der Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission

➤ u.a. Einführung Jugend - Check

➤ u.a. Stärkung bestehender Strukturen wie Jugendringe, -verbände, OKJA

LANDESBEIRAT FÜR JUGENDARBEIT

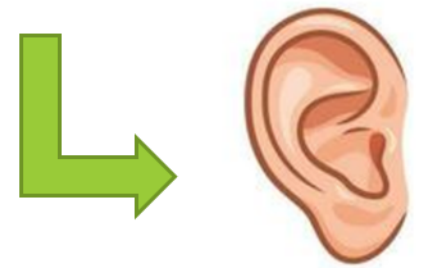


Positionspapier zu Qualitätsstandards der Kinder- und Jugendbeteiligung

Recht auf Partizipation

Artikel 12 der UN – Kinderrechtskonventionen / § 36 NKomVG / „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen“ (§8 SGB VIII, Abs. 1)

„Wenn junge Menschen erfahren, dass sie ernst genommen werden und dass sie sich ernsthaft beteiligen können, sind sie bereit sich zu engagieren, und dies unabhängig von Bildung, Status, Alter, Geschlecht oder Zugehörigkeit zu bestimmten Szenen und Kulturen.“



Quelle: „Für ein kindgerechtes Deutschland“ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2015

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Interessen von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene berücksichtigen – Jugend-Check, Landesjugendkonferenz und Beteiligungsstrategie einführen

Handlungsempfehlung der Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission

Viele politische Entscheidungen auf Landesebene betreffen auch Kinder und Jugendliche. In den Bereichen Kita, Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe ist dies vielleicht offensichtlich, aber auch z. B. Verkehrs-, Sport- und Gesundheitspolitik haben Auswirkungen auf junge Menschen. Zum Teil haben sie dabei auch andere Bedürfnisse als Erwachsene. Deshalb ist es von elementarer Bedeutung, die Interessen und Perspektiven junger Menschen bei landespolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Zu einer konsequenten Beteiligung junger Menschen verpflichtet auch die für Deutschland verbindliche Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Aber es besteht auch in Politik und Gesellschaft weitgehender Konsens, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden sollen. Damit es nicht nur bei bloßen Absichtserklärungen bleibt, sondern konkrete Maßnahmen ergriffen werden, legt die Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo) mit dieser Handlungsempfehlung drei konkrete Vorschläge vor.

1. Einführung eines Kinder- und Jugendchecks

Für eine wirkungsvolle Berücksichtigung der Interessen junger Menschen ist es zunächst notwendig, die Auswirkungen von landespolitischen Entscheidungen auf Kinder und Jugendliche sichtbar zu machen. Dazu empfiehlt die KiJuKo die Einführung eines Kinder- und Jugendchecks für Niedersachsen. Dieser soll die Auswirkungen von Gesetzvorhaben und Maßnahmen des Landes auf die Lebenslagen von jungen Menschen sichtbar machen und die Aufmerksamkeit für die Belange junger Menschen sowie die Einhaltung der Kinderrechte erhöhen.

Zum Kinder- und Jugendcheck: Auf Bundesebene gibt es bereits einen Jugend-Check, der durch das Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC) durchgeführt wird. Der Jugend-Check hat das Ziel, bei der Entwicklung und Änderung von Gesetzen mögliche Auswirkungen auf junge Menschen zu prüfen und den politischen Raum für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren. Dabei erfolgt keine Bewertung der Gesetzentwürfe, sondern es wird eine Einschätzung der Auswirkungen für junge Menschen abgegeben. Der Jugend-Check ist explizit kein Beteiligungsinstrument, bietet aber dennoch die Möglichkeit, im Rahmen der Beratung auch ein begleitendes Beteiligungsformat mit Einbezug junger Menschen umzusetzen.

Neben dem Jugend-Check auf Bundesebene gibt es auch bereits einen Jugend-Check in Thüringen, der ebenfalls durch das KomJC betreut wird. Da das KomJC explizit auch die Einführung von Jugendchecks auf Landesebene unterstützt, kann diese Stelle mit ihrer Expertise auch bei einer Einführung in Niedersachsen beteiligt werden. Mehr Informationen unter: www.jugend-check.de

Auch die vorherige Kinder- und Jugendkommission sprach sich bereits für einen Kinder- und Jugendrechte-Check aus (vgl. [Beschluss 18-8](#)). Dieser Vorschlag soll hier wieder aufgegriffen werden. Denn während ein Jugend-Check auf Bundesebene als Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung bereits etabliert ist, fehlt es an einem vergleichbaren Instrument in Niedersachsen. Deshalb soll das Land Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem KomJC zeitnah einen Kinder- und Jugendcheck für Niedersachsen einführen, der alle im Landtag beratenen Gesetzentwürfe einer Prüfung unterzieht, ob diese Auswirkungen auf junge Menschen haben.

2. Etablierung einer Landesjugendkonferenz

Damit aber nicht nur die Bedeutung von politischen Entscheidungen auf Kinder und Jugendliche sichtbar gemacht wird, sondern junge Menschen auch tatsächlich beteiligt werden, setzt sich die Kinder- und Jugendkommission für die Etablierung einer Landesjugendkonferenz ein. Denn bisher bestehen nur wenige Formate auf Landesebene, die junge Menschen direkt mit einbeziehen. Zudem sind diese meist auf ein bestimmtes Politikfeld (z. B. Kinder- und Jugendhilfe oder Schule) begrenzt. Es fehlt an einem themenübergreifenden Format, bei dem junge Menschen Anregungen zu allen Themen einbringen können, die sie betreffen. Diese Lücke soll die Landesjugendkonferenz schließen.

Bei der Landesjugendkonferenz sollen junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre Hinweise und Anregungen zu allen Politikfeldern einzubringen, von denen sie betroffen sind. Damit ergibt sich die Möglichkeit, dass politische Entscheidungsträger:innen auf Probleme aufmerksam gemacht werden, junge Menschen ihre Vorschläge zur Verbesserung einbringen können und im Ergebnis Maßnahmen umgesetzt werden können, die Niedersachsen kinder- und jugendfreundlicher machen. Vergleichbare Formate werden bereits mit den JugendPolitikTagen auf Bundesebene (vgl. <https://jugendpolitiktage.de>) sowie mit dem Landesjugendkongress in Hessen (vgl. <https://hop-landesjugendkongress.de>) umgesetzt. Hier steht auch die Niedersächsische Landesregierung in der Verantwortung, die Perspektiven und Expertisen junger Menschen zu berücksichtigen.

3. Erarbeitung einer Niedersächsischen Strategie für Kinder- und Jugendbeteiligung

Wichtig ist aber auch, dass die Formate zur politischen Partizipation junger Menschen nicht nur einzeln für sich stehen, sondern mittelfristig in einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden. Eine Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie bietet die Chance, neben der Bündelung von bereits bestehenden oder geplanten Beteiligungsformaten auch relevante Akteur:innen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung miteinander zu vernetzen, deren Ideen zusammenzuführen und dann gemeinsam Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung zu erarbeiten. Durch eine ganzheitliche Betrachtung unter Einbeziehung vieler Perspektiven kann ein „großer Wurf“ gelingen, bei dem nicht nur einzelne Maßnahmen isoliert betrachtet, sondern bereichsübergreifend und miteinander abgestimmt Handlungsanregungen formuliert werden.

Bei der Erarbeitung dieser Gesamtstrategie können auch die Ergebnisse des Schwerpunktberichtes im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung zur politischen Partizipation junger Menschen einbezogen werden. Langfristig ist das Ziel, alle Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie zu bündeln und davon ausgehend auch Impulse für neue Formate zu entwickeln. Die Strategie muss finanziell adäquat ausgestattet sein und regelmäßig evaluiert werden. Darüber hinaus sollte die Weiterentwicklung der Strategie in jeder Legislaturperiode im Landtag beraten werden.

Die Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission appelliert an die im Landtag vertretenen Fraktionen und an die Landesregierung, die vorgenannten Maßnahmen zeitnah umzusetzen.

Hintergrund:

Die Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo) wurde 2018 durch den Landtag eingesetzt und besteht neben Vertreter:innen der im Landtag vertretenen Fraktionen aus sieben unabhängigen Fachexpert:innen. Die Kommission hat den gesetzlichen Auftrag, den Landtag und die Landesregierung bei kinder- und jugendspezifischen Fragen zu beraten. So ist es explizit auch Aufgabe der KiJuKo, sich „für die Weiterentwicklung politischer Beteiligungsmöglichkeiten [von Kindern und Jugendlichen] einzusetzen“ (§ 16d Nds. AG SGB VIII).

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat die KiJuKo sich intensiv mit der politischen Partizipation junger Menschen befasst und hervorgehoben, dass eine wirksame politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Grundlage für ein kinder- und jugendgerechtes Niedersachsen ist. In der neuen Legislaturperiode knüpft die neue Kommission an die Arbeit der vorherigen Kommission an. Nach intensiven Beratungen hat die KiJuKo mehrere konkrete Empfehlungen entwickelt, die nun in dieser Handlungsempfehlung münden.

Rückfragen bitte an:

Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission
Heike Bludau, Geschäftsführerin
Telefon: 0511 89701-338
E-Mail: heike.bludau@ls.niedersachsen.de